



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der Streit um die Donaufürstenthümer.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Der Streit um die Donaufürstenthümer.

Die letzten Wochen brachten in der orientalischen Frage einige befremdliche Erscheinungen; vier europäische Mächte brechen ihren diplomatischen Verkehr mit der Pforte in sehr auffallender Weise ab, der Besuch des Kaisers zu Osborne bewegt England und Oestreich zur Nachgiebigkeit. Wie weit diese in der Hauptsache gehen wird, ist noch nicht bekannt. Vorläufig werden in der Moldau neue Wahlen stattfinden, und gegenüber den türkischen, österreichischen und englischen Machinationen werden jetzt die russischen und französischen Intriguen — preussische gibt es nicht — auf die Wahlen der unfreien Donauländer ihren Einfluß auszuüben suchen.

Die deutsche unabhängige Presse steht in der Frage über die Zukunft der Donaufürstenthümer mit seltener Einmüthigkeit auf Seiten der Türkei und Englands. Die öffentliche Meinung hat Recht, wenn sie mit Befremden und Argwohn das raube Verfahren von vier Gesandtschaften gegen eine Regierung betrachtet, bei welcher weder von Kraft noch Selbstständigkeit mehr die Rede sein kann, und sie ist in der Hauptfrage schon deshalb geneigt, gegen die Union zu stimmen, weil Rußland dieselbe so angelegentlich wünscht.

Es ist hier nicht die Absicht, das Verfahren der preussischen, französischen, russischen und sardinischen Gesandtschaft zu vertheidigen. Die europäische Diplomatie war sonst enthaltamer in dem Gebrauch des letzten friedlichen Zwangsmittels, der Abberufung ihrer Gesandten. Da indeß Oestreich gegenüber Sardinien erst vor Kurzem das Beispiel gegeben hat, daß die officielle Abberufung von Gesandten nichts weiter bedeuten könne, als üble Laune einer Regierung gegen die andere, so hat die österreichische Presse am wenigsten Recht, den diplomatischen Schritt der vier protestirenden Mächte auffallend zu finden. Der rücksichtslose Gebrauch dieses starken Mittels, diplomatische Unzufriedenheit auszudrücken, ist im Allgemeinen ein Symptom, daß bei den unendlich vermehrten Communicationsmitteln und den dadurch verringerten Entfernungen der Staaten untereinander auch das Institut der Gesandtschaften an Würde und Bedeutung verloren hat. Die Gesandten sind schon längst nicht mehr wie früher die Hauptorgane, durch welche eine Regierung die Verhältnisse anderer Staaten kennen lernt, und sie scheinen auch

nicht mehr dazu bestimmt, die Courtoisie und die feinen Formen des fürstlichen Familienverkehrs zu repräsentiren, ja sie sind in der Regel nicht viel mehr als politische Agenten und Briefbesteller und ihre Selbstständigkeit und Autorität hat schwer darunter gelitten, daß der Telegraph ihnen Gelegenheit gibt, jede Stunde wegen der geringsten Kleinigkeit zu Hause anzufragen und Befehle zu empfangen.

Trotzdem aber erinnere man sich, daß Konstantinopel in der diplomatischen Welt deshalb berüchtigt ist, weil alle politischen Fragen durch die persönlichen Händel der Gesandten gekreuzt und verwirrt werden. Nur zu häufig wird dort nach persönlichen Sympathien und Antipathien der politischen Agenten die Parteinahme der Regierungen bestimmt. Auch die letzte Gesandtenkatastrophe, ist zum großen Theil eine persönliche Händel zwischen Lord Stratford-Kedcliffe und Baron Thouvenel, dessen Partei die andern Herren zu nehmen für gut fanden. Das schroffe und abfällige Benehmen des englischen Gesandten ist bekannt. Seine merkwürdige Persönlichkeit, in welcher die schlaue Fähigkeit eines türkischen Diplomaten mit der brüskten Suffisance eines englischen Aristokraten zusammenfällt, hat mehr als einmal seiner Regierung ernste Verlegenheiten bereitet. Er ist vielleicht der ungehorsamste und widerseßlichste Gesandte, den je eine Regierung accreditirt hat; hochfahrend, eigensinnig, voll Vorurtheile würde er mit einer entschlossenen Regierung von festem Willen nicht ein Jahr zusammen arbeiten können; das Aristokraten- und Familienregiment in England erträgt seine Launen und seinen Ungehorsam mit Ruhe, weil er mehr als alle Mitglieder des Ministeriums das ist, was man einen großen Herrn nennt. Freilich auch deswegen, weil er einen sehr entschiedenen patriotischen Willen geltend zu machen weiß, und in manchen Beziehungen die Kenntniß der orientalischen Verhältnisse besitzt, welche der heimischen Regierung nur zu sehr fehlt. Sein Haß gegen Frankreich hat in dem orientalischen Kriege mehr als einmal Verlegenheiten bereitet; und sein Axiom, daß die Türkei allerdings die Fähigkeit besitze, sich durch sich selbst politisch zu regeneriren, trägt wesentlich dazu bei, die Entscheidung über die orientalische Frage zu erschweren. Häufig hat sein Hochmuth die Gesandten anderer Staaten verletzt, jetzt hat die dreiste Thätigkeit eines jungen französischen Diplomaten in den Donaufürstenthümern den alten Herrn vollends gereizt. Den französischen Diplomaten aber — gehorsamen Agenten des kaiserlichen Telegraphen — scheint schon seit dem orientalischen Kriege der Despotismus des vornehmen Engländers unerträglich gewesen zu sein, und der nächste Zweck der letzten Gesandtenintriguen war, seinem Ansehen bei den Türken einen tödtlichen Stoß zu geben, wo möglich ihn selbst aus dem Amte zu entfernen.

Dahinter stehen freilich die entgegengesetzten Ansichten der europäischen Regierungen über die Zukunft der Moldau und Walachei.

Die Stellung der einzelnen Mächte zu dieser Frage ist jetzt ziemlich klar geworden. Rußland will die Vereinigung der Moldau und Walachei unter einem christlichen Prinzen. Es wird wahrscheinlich mit großer Festigkeit darauf bestehen, daß dieser Fürst die griechische Religion annehme, weil in solchem Fall ein religiöser und bald ein Familienanschluß an Rußland unvermeidlich wäre. Oestreich will die Vereinigung der Fürstenthümer nicht, weil jeder, auch der schwächste Staatsbau am Ausfluß der Donau die östreichischen Hoffnungen auf die Fürstenthümer gefährdet. England will die Vereinigung nicht, weil Lord Redcliffe jeden Plan haßt, welcher seinem Vasallen und Klienten, der Pforte, Schaden müßte.

Preußen will die Vereinigung, weil Rußland sie wünscht und Oestreich sie nicht will, und es wird schwer auszumachen sein, welches Motiv vorzugsweise bestimmt hat. Nur eins ist sicher, daß die preussische Diplomatie in ihrer Parteinahme grade nicht durch diejenige Politik bestimmt worden ist, welche einen entschlossenen Staatsmann im gegenwärtigen Stadium der orientalischen Frage allerdings auch für die Vereinigung hätte arbeiten lassen. Diese Politik hier auseinanderzusetzen, wäre ebenso harmlos als unnütz, ihr Grundgedanke würde Oestreich gegenüber kurz formulirt so lauten: für Preußen die Herzogthümer, für Oestreich die Fürstenthümer. Zug um Zug.

Sardinien steht in der orientalischen Frage natürlich auf Seiten Frankreichs. Die französische Politik aber, so weit dieselbe durch den Willen des Kaisers bestimmt wird, wird am verschiedensten beurtheilt.

Es ist nicht vorzugsweise die Abneigung gegen Oestreichs Wünsche, in Italien und am schwarzen Meere, obgleich Oestreichs Politik nach den inspiirten Andeutungen der französischen Presse dem Kaiser keinerlei Hochachtung und Zuneigung eingeflößt hat; es ist auch nicht vorzugsweise das Bestreben, Rußland zu verpflichten, obgleich der Kaiser mehrfach versucht worden ist, über das englische Bündniß hinweg an ein russisches zu denken; sondern der letzte Grund in der Politik des Kaisers scheint eine Lieblingsidee, welche auf alle seine Actionen Einfluß hat, der Plan einer friedlichen Revision der Karte von Europa durch einen europäischen Congress. Ueber die Herzogthümer, über Italien, über die Türkei soll durch einen Rath der Großmächte entschieden werden, als dessen Vorsitzenden er sich selbst betrachten möchte. Es war sein Wunsch, bei dem pariser Frieden eine solche Revision durchzusetzen, und dabei alle schwebenden Fragen zu erledigen. Damals scheiterte der kühne Plan an dem Widerstande Englands, welches vorstellte, daß England für sich selbst dabei nichts erhalten könne, und Frankreich nichts erhalten dürfe. Die Bedenken seines Bundesgenossen und das Mißtrauen der meisten übrigen Regierungen bestimmten den Kaiser, diesen Plan als unzumuthig bei Seite zu legen, aber aufgegeben ist er deshalb nicht. — Und in

der That war durch den Krieg den Westmächten, der englischen wie der französischen Regierung, manche bedeutungsvolle Erkenntnis gekommen. Daß Rußland für den Frieden Europas zu groß geworden sei, daß Oestreich durch Begehrlichkeit nach allen Seiten verhindert werde, ein zuverlässiger Verbündeter für irgend eine Partei zu sein, daß Preußen und Schweden nicht Land genug besäßen, um ohne großen Führer große Politik zu treiben, und daß es sehr wünschenswerth sei, bei Zeiten an die zukünftige Gestaltung der türkischen Erbschaft zu denken, das alles war damals sehr bedenklich empfunden und vielfach besprochen worden. Bei der Rolle, welche Preußen während des orientalischen Krieges gespielt hat, mußte sich jeder Preuze Glück wünschen, daß der englischen Regierung der gute Wille fehlte, auch das zu würdigen, was an den Vorschlägen des Kaisers etwa uneigennützig und zum wirklichen Vortheil für das europäische Staatensystem war. Auch jetzt noch ist die preussische Partei in der Lage, gegen jede allgemeine Revision der Karte von Europa protestiren zu müssen. Denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Preußen sehr schlecht dabei fortkommen würde. Dagegen ist der Gedanke an sich nicht nur kühn, sondern er ist bei festen Allianzen auch nicht durchaus unausführbar; obgleich er allerdings die Gefahr eines großen europäischen Krieges als die Folge der vergeblichen Verhandlungen nahe legt.

So ist auch die warme Parteinahme des Kaisers für die Vereinigung der Donaufürstenthümer unter einem jungen thatkräftigen Prinzen aus einem der ältesten und erlauchtesten Häuser Deutschlands als ein Theil seines großen Plans zu betrachten, der Ordner Europas zu werden. Und es ist allerdings möglich, die orientalische Frage zu einer allmäligen und friedlichen Lösung zu führen, wenn zunächst aus den Donaufürstenthümern ein kleiner Zwischenstaat geschaffen wird, welcher Oestreichs, wie Rußlands Einsaugen der türkischen Landschaften verhindern soll, und das Vorbild für ähnliche andere Bildungen in der europäischen Türkei werden kann, für ein Südslawenreich, eine Vergrößerung Griechenlands und einen neuen Staat von Byzanz. Alle Bedenken und Schwierigkeiten solcher Experimentalstaaten mag man gern zugeben. Aber ihre Schöpfung ist doch die einzige Lösung der orientalischen Frage, welche einen ungeheuern Krieg von Europa und dessen altem Schlachtfelde Deutschland fern zu halten vermag.